

Eing.: 05. OKT. 2018

POL-852206-2018-KNEILAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat
Landesregierung und Stadtsenat①
AU

neoS

Beschlussantrag

der Landtagsabgeordneten Christoph Wiederkehr, Bettina Emmerling und weiterer Abgeordneter

betreffend Bildungsrevolution für Wien - Bildungsgipfel für Wien

eingebraucht im Zuge der Sitzung auf Verlangen gem. § 120 (4) WStV des Wiener Landtags am 05.10.2018

Die Ergebnisse der Bildungsstandards an den Pflichtschulen belegen, dass die öffentliche Hand insbesondere an den Neuen Mittelschulen in Wien ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllt. 61 Prozent der Allgemeinen Pflichtschüler der achten Schulstufe erreichen die Bildungsstandards in Deutsch nicht oder teilweise nicht; in Mathematik erreichten ebenfalls mehr als die Hälfte der Pflichtschüler_innen der achten Schulstufe die Bildungsstandards nicht oder teilweise nicht.

Bereits an den Volksschulen sind Bildungschancen sehr ungleich verteilt. Während in einigen Bezirken nur wenige außerordentliche Schüler_innen die Schule besuchen, sind Lehrer_innen an anderen Schulen damit konfrontiert, dass rund ein Drittel der Schüler_innen dem Unterricht nicht folgen kann. Und zwar ohne, dass den Schulen die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Kindern den bestmöglichen Start auf ihrem Bildungsweg ermöglichen zu können.

Eltern misstrauen dem öffentlichen Schulsystem in Wien daher zunehmend. In keinem anderen Bundesland entscheiden sich Eltern öfters für eine Privatschule. In keinem anderen Bundesland entscheiden sich Eltern so oft dafür, ihre Kinder an eine AHS anstatt an eine NMS zu geben. Bereits an Volksschulen wird auf Kinder und Lehrpersonal vonseiten mancher Eltern Druck ausgeübt, um möglichst lauter Einser im Zeugnis stehen zu haben und somit später eine AHS besuchen zu können. Diese Sorge der Eltern, ihren Kindern könnte an einer Wiener NMS womöglich eine erfolgreiche Zukunft verbaut werden, ist durchaus begründet. Allerdings wird dadurch letztlich die Dynamik weiter vorangetrieben, dass zunehmend Kinder an Gymnasien gehen, die früher wohl eine Hauptschule besucht hätten. Für die Wahl NMS oder AHS sind allzu oft nicht die Begabungen und Talente der Kinder entscheidend, sondern der Status Quo der Sprachkenntnisse oder das Engagement der Eltern.

Der jetzige Zustand an den Wiener Pflichtschulen ist auf jeden Fall untragbar. Handlungsbedarf ist dringend gegeben. Eine Systemreform in Richtung einer einheitlichen gemeinsamen Schule für 10- bis 14-Jährige, die von linken Proponenten als einzige Lösung angesichts der Bildungsmisere gesehen wird, konnte in den vergangenen Jahrzehnten mit schwarz-roten Blockaderegierungen auf Bundesebene nicht umgesetzt werden. Unter der aktuellen schwarz-blauen Regierung sind ebenfalls keine diesbezüglichen Reformschritte zu erwarten. Dies ist zur Kenntnis zu nehmen und andere Lösungsmöglichkeiten daher dringend gefragt. Weiteres Zuwarten kann keine Option sein.

Lösungsvorschläge, die zur maßgeblichen Verbesserung an den Wiener Pflichtschulen führen würden, existieren in großer Zahl: Die Wissenschaft bietet eine Fülle an evidenzbasierten Strategien, wie erfolgreich mit sprachlicher und sozialer Heterogenität im Schulalltag umgegangen werden kann, um Kindern die bestmögliche Förderung zur Entfaltung und für einen erfolgreichen Bildungsweg zukommen zu lassen. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer beweisen täglich unter großem persönlichen Einsatz - und leider zu oft gegen Systemwiderstände - wie Bildung funktionieren kann.

Die Ausgangssituation im Wiener Bildungssystem ist sicherlich nicht einfach. Andere Städte in ähnlicher Ausgangssituation haben jedoch vorgezeigt, wie mit auch mit geringen finanziellen Mitteln maßgebliche Verbesserungen erzielt werden können, wenn alle Fraktionen an einem Strang ziehen - zum Beispiel London und Bremen.

Ende der 1990er Jahre war London die Region Englands mit den niedrigsten Bildungsstandards. Zu den Problemen der Brennpunktschulen („inner city schools“) gehörten mangelnde Disziplin, Mobbing, Schulschwänzen und eine überforderte, demotivierte Lehrerschaft. Der Anteil an Schüler_innen, deren Erstsprache nicht Englisch war, war an den Brennpunktschulen besonders hoch. Gleichzeitig war die Anzahl an besonders guten Schulen besonders gering. Fünf Jahre nach dem Start des Projekts lag London über dem nationalen Schnitt hinsichtlich der Erreichung der Mindeststandards.

In Bremen haben sich 2008 die in der bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien angesichts anhaltender Probleme im Bildungsbereich dazu entschlossen, politische ideologische Grabenkämpfe hinter sich zu lassen und gemeinsam einen Schulentwicklungsplan festzulegen.

Was London und Bremen können, ist auch in Wien möglich. Dazu müssen alle Kräfte im Bildungsbereich an einem Strang ziehen, die rot-grüne Landesregierung, die im Landtag vertretenen Oppositionsparteien, der Stadtschulrat, die Bezirke, die Schulen, Direktor_innen, Lehrer_innen, Eltern- und Schülervereine_innen.

Bei einem Bildungsgipfel sollen alle bildungspolitischen Akteure zusammenkommen, um offen und ehrlich die Probleme im Bildungsbereich zu benennen. Bei diesem Bildungsgipfel sollen die Eckpfeiler einer Bildungsrevolution vereinbart werden. Wichtig sind dabei klar definierte Ziele, transparent vergebene Mittel und ein Monitoring der Zielerreichung. Alle Kräfte müssen an einem Strang ziehen, ohne ideologische Grabenkämpfe.

Erster Schritt muss sein, an den derzeitigen Brennpunktschulen innerhalb der nächsten Jahre entscheidende Verbesserungen zu erzielen und das Vertrauen der Eltern in das Wiener Pflichtschulsystem wieder zu stärken.

Die Wiener Landesregierung muss die Verantwortung für ihren Bildungsauftrag ernst nehmen und den derzeit betriebenen Chancenraub an den Kindern beenden. Den Kindern wird in dem derzeitigen Pflichtschulsystem zu oft die Chance genommen, sich und ihre Talente zu entfalten und einen erfolgreichen Bildungsweg zu absolvieren. Die Chance auf ein erfolgreiches späteres Berufsleben und somit auf ein selbstbestimmtes Leben wird allzu oft bereits im jungen Kindesalter verbaut. Es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs.4 der Geschäftsordnung des Wiener Landtages folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Landtag wolle beschließen

Der Wiener Landtag fordert den Landeshauptmann dazu auf, so rasch als möglich einen Bildungsgipfel für Wien mit allen bildungspolitisch relevanten Akteuren, insbesondere den im Landtag und Gemeinderat vertretenen Fraktionen, dem Stadtschulrat, den Bezirken, den Schulen, Direktor_innen, Lehrer_innen sowie Eltern- und Schülervereine_innen einzuberufen. Bei diesem Bildungsgipfel sollen die Eckpfeiler einer Bildungsrevolution vereinbart werden. Wichtig sind dabei klar definierte Ziele, transparent vergebene Mittel und ein Monitoring der Zielerreichung. Alle Kräfte müssen an einem Strang ziehen, ohne ideologische Grabenkämpfe. Erster Schritt muss sein, an den derzeitigen Brennpunktschulen innerhalb der nächsten Jahre entscheidende Verbesserungen zu erzielen und das Vertrauen der Eltern in das Wiener Pflichtschulsystem wieder zu stärken. In einem Wiener Konsens zur Bildungspolitik sollen die wesentlichen Ziele von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen gemeinsam festgelegt werden.

In formeller Hinsicht wird die ~~sofortige Abstimmung~~ ^{Zuweisung in den zust. Ausschuss Stadtrat} verlangt.

Wien, 05.10.2018